

Andrássy Universität Budapest
Internationaler Doktorandenworkshop am 10.10.2012
„Politische Kultur in der Demokratie – Herausforderungen für Politiker und Bürger“
Bericht

Im Rahmen der Konferenz „Politische Kultur in der Demokratie – Herausforderungen für Politiker und Bürger“, die zwischen dem 10. und 12. Oktober 2012 von der Andrássy Universität Budapest (AUB) veranstaltet wurde, fand am 10. Oktober ein internationaler Doktorandenworkshop zum selben Thema statt.

Organisiert und moderiert wurde der Workshop von Frau Prof. Dr. Ellen Bos, Leiterin des Donau-Instituts für Interdisziplinäre Forschung und der Doktorschule der AUB, PD Dr. Hendrik Hansen, Dekan der Fakultät für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften der AUB sowie Dr. Zoltán Tibor Pállinger, Dekan der Fakultät für Internationale Beziehungen der AUB.

Der Workshop war eine thematische Fortführung des im Mai 2012 ebenfalls an der AUB durchgeführten Doktoranden-Workshops „Krise der Demokratie“. Das Thema ist angesichts anhaltender Politikverdrossenheit und schwindenden Vertrauens in politische Institutionen hoch aktuell.

Nach einer kurzen Begrüßung und Einleitung durch Frau **Prof. Dr. Bos** begann das Programm mit einem Vortrag von **Tim Kraski**, Doktorand der AUB, zu dem Thema „*Was sind Bürgertugenden? Politische Kultur aus aristotelischer Sicht*“. Herr Kraski legte dar, wie die Ideen der antiken Philosophie zur politischen Kultur dabei helfen können, die politische Kultur in modernen Demokratien zu verbessern. Dazu erläuterte er die drei Tugenden, die Aristoteles bei den Bürgern voraussetzt, um eine politische Kultur zu schaffen: Freigiebigkeit, Gerechtigkeit im Tausch und Mäßigung des Erwerbsstrebens. Nach Aristoteles schaffen sie die Grundlage für vernünftig handelnde Individuen und sorgen somit für ein harmonisches und stabiles politisches Umfeld.

Der Staat und seine politische Kultur sind demnach auf die Einstellungen der Bürger angewiesen. Herr Kraski schloss daraus auf eine Abhängigkeit der Tugendhaftigkeit von der Bildung. Er kam zu dem Schluss, dass die Herausforderung für Bürger und Politiker in modernen Demokratien darin besteht, eine Bildung bereitzustellen, die den Bürgern Reflexions- und Urteilsfähigkeit vermittelt.

Eine angeregte Diskussion folgte dem Vortrag. Offen blieb die Frage, inwieweit man aus den Lehren der Antike konkrete Maßnahmen ableiten kann, um die politische Kultur in modernen Demokratien zu verbessern.

Im Anschluss referierte **Eva Odzuck**, Doktorandin der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, zum Thema „*Die Rolle der Politischen Theorie in der Politischen Kultur liberaler Demokratien*“. Frau Odzuck stellte fest, dass die politische Kultur eine tragende Säule liberaler Demokratien ist. Für die Schaffung einer politischen Kultur sind wiederum politische Theorien wichtig. Unter politischer Kultur der liberalen Demokratie verstand die Referentin den Konsens über zentrale politische Ideen, wie beispielsweise die Freiheit und Gleichheit der Menschen. Dieser Konsens über die grundlegenden politischen Ideen in einem Staat ist eine wichtige Bedingung für das Funktionieren von Institutionen der liberalen Demokratie, auf den bei der Diskussion politischer Fragen und Entscheidungen zurückgegriffen werden kann. Daraus ergibt sich, dass die politische Kultur und letztendlich die Funktionsfähigkeit der liberalen Demokratien gefährdet werden, wenn ein solcher Kernbestand an geteilten Ideen nicht, noch nicht oder nicht mehr vorhanden ist. In diesem Fall müssen die bestehenden politischen Theorien weiterentwickelt, oder neue politische Ideen geschaffen werden, die die Grundlage einer politischen Kultur und somit eines politischen Diskurses darstellen können.

Es folgte ein Vortrag von **Roxana Stoenescu**, Doktorandin der Babeş-Bolyai Universität in Klausenburg, zum Thema „*Der Wandel der Öffentlichkeit und ihre Auswirkung auf die heutige*“.

politische Kultur in der Demokratie". Frau Stoenescu legte dar, dass die politische Öffentlichkeit auf ein Verbreitungsinstrument politischer und wirtschaftlicher Interessen privater Gruppen reduziert wurde. Die politische Öffentlichkeit entstand durch neue Arten der Kommunikation, vor allem der Erfindung der Schrift, die maßgeblich dazu beitrug, Privatleute in Form von Lesegesellschaften zusammenzubringen. Dadurch wurde das Private öffentlich und es fand eine kritische Auseinandersetzung mit öffentlichen Themen statt. Es bildete sich eine öffentliche Meinung, die eine politische Meinung wurde. Frau Stoenescu kritisierte, dass die heutigen Medien eine Massenproduktion darstellen. Sie zielen weniger darauf ab, die Bildung einer kritischen Meinung zu erzeugen, als private Interessen spezifischer Gruppen durchzusetzen. Ihr Fazit war, dass die Sinnentleerung der Kommunikation zu einer Auflösung der politischen Öffentlichkeit und damit zur Auflösung der Entwicklung der politischen Kultur führe.

In der auf den Vortrag folgenden Diskussion wurde kritisiert, dass in dieser Herangehensweise das Vorhandensein neuer Formen der Kommunikation außer Acht gelassen wird. Hingewiesen wurde etwa auf den maßgeblich über die Online-Medien Facebook und Twitter organisierten arabischen Frühling. Es ergab sich deshalb die Frage, ob es nicht eher zu einem Strukturwandel in der Bildung der öffentlichen Meinung, nicht aber zu deren Auflösung komme.

Das Programm wurde mit einem Referat von **Raul Rognean**, ebenso Doktorand der Babeş-Bolyai Universität, mit dem Titel „*Wie viel institutionalisierte Religion verträgt die heutige politische Kultur? Fallbeispiel: Rumänien – die Orthodoxe Symphonia als Subjekt für Demokratiedefizit*“ beendet. Er untersuchte die Beziehung zwischen Staat und orthodoxer Kirche in Rumänien und Griechenland. Dabei erachtete er die Einmischung der orthodoxen Kirche in die Politik als problematisch.

Er legte anhand zahlreicher Beispiele dar, dass die orthodoxe Kirche in Griechenland immer noch großen Einfluss auf die Politik hat. Beispielweise wird dem Bischof das Recht eingeräumt frei zu entscheiden, wie er mit weltlichen Behörden zusammen arbeitet. Herr Rognean wies darauf hin, dass die orthodoxe Kirche in Griechenland de facto eine Staatskirche sei. Sie hat Vorrangsrecht vor allen anderen Konfessionen. In Rumänien ist die orthodoxe Glaubensrichtung zwar keine Staatsreligion, aber ihr wurden einige Privilegien zugeschrieben: Sie muss keine Steuern zahlen und ihre Priester werden vom Staat finanziert. Herr Rognean kritisierte, dass die orthodoxe Kirche die Politik des Staates als Schauplatz für ihre eigenen Interessen benutze. Als Beispiel gab er den Amtseid des rumänischen Staatspräsidenten an, welcher vor der Kirche abgelegt werden muss. Die Einmischung wird auch daran sichtbar, dass viele Gesetze nicht verabschiedet werden können oder verändert werden müssen, damit sie mit den Prämissen der Kirche übereinstimmen.

Der Referent sprach sich am Ende seines Vortrags für eine stärkere Trennung von Staat und Religion in den orthodox geprägten Ländern aus. Die Anfangsfrage, wie viel institutionalisierte Religion verträgt die heutige politische Kultur, blieb offen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sich alle Teilnehmer des Workshops einig waren, dass die politische Kultur in den modernen Demokratien verbessert werden muss. Dabei wurden interessante Ansätze zur Wiederherstellung der politischen Kultur vorgestellt, die von den Lehren der Antike über die Entwicklung neuer politischer Ideen, einer kritischen Auseinandersetzung mit den Medien bis zu einer stärkeren Trennung von Kirche und Staat gingen.